

# Sallese Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 120.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Zweite Ausgabe

Bezugspreis für Halle und Bernau 2.50 RM., durch die Post bezogen 3 RM. für das Vierteljahr. Die Hallese Zeitung erscheint wöchentlich postfrisch. — Geschäfts-Verlag: Hallese Zeitung, Druckerei (Halle, Poststraße 11), Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Sachse, Druckerei, Quartiers- und Wochenblätter, Geschäfts-Verlag (Halle), Minberblätter (für die junge Welt).

Ausgabegebühren für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Sonne) und bei allen bekannten Anzeigenvermittlungen.

Geschäftsstelle in Halle (Sonne): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110. Geschäftsleitung Dr. Bräuner-Ritzing Halle (Sonne).

Donnerstag, 12. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Sturfburg Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Cotta, Halle (Sonne).

### Die Gesellen- und Meisterprüfung.

Von Dr. Hermann Blumenthal.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom letzten Montag empfahl der konervative Abgeordnete Riemeweg, daß mit dem Bestehen der Gesellenprüfung sofort auch die Verpflichtung zum weiteren Besuche der Fortbildungsschule aufhören sollte. Er schmit hiermit eine Frage an, die für unser Handwerk von allergrößter Bedeutung ist, die Gesellen- und die Meisterprüfung. Den Abschluß der wichtigen Lehrzeit des jungen Handwerkers bildet die Gesellenprüfung, und die Handwerkskammern tun gut, wenn sie in diesen Tagen, die für viele junge Leute das Ende ihrer Lehrzeit bringen, auf die Wichtigkeit dieser Prüfung hinweisen; wegen der Wichtigkeit dieser Prüfung hat auch § 131 c der Reichsgewerbeordnung dem Lehrherrn die Pflicht auferlegt, seine Lehrlinge zur Ablegung der Prüfung anzuhalten, und die Unterlassung mit Strafe bedroht. Der Lehrherr hat die Lehrlinge in väterlich-sorgfältiger Weise auf die Vorteile hinzuweisen, welche die Prüfung mit sich bringt, er hat auf sie vorzubereiten und für die Meldung zu sorgen. Die Prüfung erfolgt entweder vor dem Prüfungsausschuß einer Innung oder vor den von der Handwerkskammer erteilten Ausschüssen, die sich aus sachverständigen Arbeitgebern zusammensetzen. Die Anmeldung von Lehrlingen, deren Lehrmeister einer Innung angehört, hat bei dieser zu erfolgen, während die Lehrlinge, deren Lehrherrn nicht Mitglieder einer Innung sind, bei den zuständigen Handwerkskammern anzumelden sind.

Das Bestehen der Gesellenprüfung ist davon abhängig, daß der Prüfling den Fähigkeitennachweis betreffs der in seinem Handwerke gebräuchlichen Handgriffe und Fertigkeiten mit ausreichender Sicherheit erbringt und daß er sich mit der Handhabung der gewöhnlichen Werkzeuge vertraut, sowie über den Wert, die Beschaffenheit, Aufbewahrung und Behandlung der zu bearbeitenden Rohstoffe und halbfertigen Erzeugnisse und die Kennzeichen ihrer guten und schlechten Beschaffenheit unterrichtet zeigt. Die Prüfung besteht zunächst in der als Gesellenprüfung bezeichneten Arbeit, an die sich dann in der Regel eine mündliche und schriftliche Prüfung anschließt. Kein Lehrling darf zum Gesellen gesprochen werden, wenn er nicht die Gesellenprüfung vor dem zuständigen Prüfungsausschuß bestanden hat. Nach dem Bestehen der Prüfung erhält der junge Prüfling sein Prüfungsergebnis und seinen Gesellen- oder Gehilfenbrief.

Mit dem Bestehen dieser beiden Urkunden sind außerordentlich wichtige Vorteile verbunden, und deswegen sollte sich kein Lehrling der Ablegung der Prüfung zu entziehen suchen. Nicht nur, daß der junge, in das Leben hinausretende Handwerker sich durch die Prüfung den vollkommenen Fähigkeitsnachweis für sein Handwerk erbringt, es werden ihm auch erhebliche, nicht zu unterschätzende Rechte beigelegt; insbesondere das der Bewusstseins- und Unterweisung von Lehrlingen. Wer die Gesellenprüfung nicht bestanden hat, ist von der Teilnahme an den Geschäften der Zwangsinnung, soweit die Regelung des Lehrlingswesens in Frage kommt, ausgeschlossen, er kann auch nicht als Gesellenbesitzer in den Gesellenprüfungsausschuß gewählt werden und ist endlich nicht zur Ablegung der Meisterprüfung berechtigt.

Die Meisterprüfung muß jeder Handwerker bestanden haben, wenn er den Ehrenstitel „Meister“ in Verbindung mit der Bezeichnung seines Handwerkes führen will. Die unbefugte Führung des Meistertitels wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft. Die Prüfung erstreckt sich mehr auf die Theorie als auf die Praxis. Ihre Hauptgegenstände sind die Buchführung und Kalkulation, Wechsel- und Scheckrecht, Gewerbebesitz einschließlich des Gewerbebesitzwesens, das Lohn- und Kostenaufschlagswesen und, da unser modernes Erwerbssystem einen vor allen anderen Kulturformen ausgeprägten Charakter trägt, auch der Arbeiterrechte, die Unfall- und Kranken-, die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Die Vorteile, welche die Gesellen- und Meisterprüfung dem jungen Handwerker bringt, sind von unsäglicherem Werte, als Beweis hierfür kann neben anderem auch die

Lachase dienen, daß in vielen Fällen ältere Handwerker, die entweder ihre Lehrzeit in Fabriken zurückgelegt haben oder vor der Zeit des Austrittens der jetzt geltenden Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, keine Gelegenheit zur Ablegung der beiden Prüfungen hatten, noch nachträglich um Zulassung zu ihnen nachsuchen, damit sie der mit den Neuzugängen über die bestehenden Prüfungen verbundenen Rechte noch im späteren Lebensalter teilhaftig werden. Diese Bestimmungen über die Gesellen- und Meisterprüfung sind aber auch für das Handwerk selbst von außerordentlich hohem Werte. Wir leben nun einmal in einer Zeit, in der sich auf allen Gebieten ein auffallender Zug in das Große zeigt. Die großen Warenhäuser und Verkaufsstätten in den Städten, die großen Preisunternehmungen, die großen Fabrikbetriebe, die großen Aktien-Gesellschaften und Gesellschaften m. B. S., das alles sind Beweise für diesen neuzeitlichen Unternehmungsgeist in das Große.

Ob dieser Geist gesund ist, das ist eine andere Frage; aber klar dürfte es sein, daß dem Kleinbetriebe hierdurch die Existenz und Lebensfähigkeit ganz bedeutend erschwert wird und es zu einem erbitterten Konkurrenzkampf zwischen Groß- und Kleinbetriebe kommen muß. Auch dürfte es klar sein, daß die Großbetriebe verhältnismäßig kapitalkräftiger sind als die Kleinbetriebe und den Kampf länger aushalten können. Dafür müssen aber die Woffen, deren sich der Kleinbetrieb bedient, um so wirksamer und effektiver sein, und diese Woffen sind in erster Linie gründliche Ausbildung im Fach und handwerkliche Leistungsfähigkeit. Diese dem bedrängten Handwerker im möglichen Maße in die Hand zu geben, ist der Zweck der Reichsgewerbeordnung mit ihren Bestimmungen über die Gesellen- und Meisterprüfung. Und man sollte meinen, sie hätte recht damit gehabt; sie schafft damit Werte, die innerhalb des Menschlichen liegen und die ihr keine Not der Zeit zu rauben vermögen. Der Handwerker, der über gründliche Ausbildung in seinem Fach und geübene Leistungsfähigkeit verfügt, braucht auch in der Zeit der Großbetriebe mit ihren komplizierten Maschinen und ihrem kräftigen Kapital noch lange nicht zu versagen. Noch lebt in großen Massen unseres Volkes die gewiß nicht ungeschätzte Anschauung, daß der Kleinbetrieb sorgfamer und geübener arbeitet als der Großbetrieb und daß man in dem Laden des selbst produzierenden Handwerkmeysters wahrlich nicht schlechter kauft, als in dem großen Warenhaus — und so lange noch diese Meinung in breiten Schichten des Volkes lebendig ist, bleibt es immer noch bei den alten, schönen Worten: „Handwerk hat goldenen Boden!“

### Deutsches Reich.

Die Unterkommission des Reichstags

erlegte den Etat für Deutsch-Südwestafrika. Ein vom Zentrum eingebrachter Antrag, zu den Auslagen für Anlagen verbender Art die Grundeigentümer im Wirtschaftsbereiche dieser Anlagen ihrem Interesse an der Anlage entsprechend heranzuziehen, wurde als Initiativantrag mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wurden ferner die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung betreffend Ausschaltung des staatlichen Arbeitsantrages, betreffend Arbeiterlohnbestimmungen, betreffend Ausschließung der Belegung des Ambolandes durch Weiße, betreffend Freiheit des Arbeitsvertrages in Südwest, ebenso die Zentrumsvorstellung betreffend Regelung der bergrechtlichen Verhältnisse für den Norden Südwestafrikas. Endlich wurden die im Nachtragsetat angeforderten 5 Millionen für die Amboalandbahn genehmigt. Für Donnerstag steht der Etat für Kamerun auf der Tagesordnung.

Die Zweite Reichsländische Kammer

fehle gestern die dritte Glatsberatung fort. Dabei wurde an die Regierung einstimmig das Ersuchen gerichtet, eine Denkschrift vorzulegen zur Klarstellung des in Hof-Konventionen geltenden Rechtsstandes bezüglich des Einvernehmens militärischer Vorgesetzter in die Polizeigewalt ohne vorherige Konvention durch die Zivilbehörden. In einer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Abg. Retzkes (Soz.) rednete Dr. Pfeleger (Chr.) es sich zur Ehre, (1) zu der Gruppe zu gehören, die man Nationalisten nenne. Als solcher trat er für die Würde und Freiheit des Landes ein.

Die Vertreter der Ärzte- und Kasernenverbände

haben bei den getrigen Verhandlungen im Reichstag des Innern als Ausführungsbestimmungen zu Nr. 11 des Berliner Abkommens nähere Vereinbarungen über die Berechnung und Ausführung der Kasfen- und Kräftebeiträge zur Deckung der Aufwandskosten getroffen. Als Stelle, an welche die Beiträge von den Kasfen abgeführt werden sollen, wurde die Königlich Preussische Seehandlung in Berlin bestimmt. Es fand dann eine ausgedehnte Besprechung über die kasfenmäßigen Verhältnisse in einigen Orten statt, in welchen zurzeit noch auswärtige Kräfte tätig sind, und es wurde beschloffen, umgehend erneut darauf zu wirken, daß auch in diesen Orten das Berliner Abkommen zur Geltung kommt. Die Vertreter der Kasernenverbände erklärten, in diesem Sinne nachdrücklich weiter tätig sein zu wollen.

Militärämter im Privatdienst.

Es entstehen häufig für solche Militärämter, die ihre Einberufung in den Privatdienst nicht abwarten, sondern bis zu ihrer Einberufung eine Stelle im Privatdienst annehmen, Schwierigkeiten, da es ihnen häufig nicht möglich ist, sich im Augenblick der Einberufung aus dem Dienstverhältnis freizumachen. Militärämter werden oft unermartet schnell einberufen, und die vorläufig in den Privatdienst übergegangenen Ämter kommen dann in die Lage, ihre sofortige Entlassung aus dem Privatdienst zu erbitten, obwohl sie oft durch Vertrag an längere Kündigungsfristen gebunden sind. Es ist deshalb allen Militärämtern, welche die Einberufung im Privatdienst abwarten wollen, dringend zu empfehlen, an die Möglichkeit einer möglichen Einberufung zu denken. Wenn auch der Bitte um Entlassung aus dem Privatdienst in den meisten Fällen wohl entgegen wird, so kann ein solcher Antrag auch abgelehnt werden. In diesem Falle geht dann dem Militärämter die Stelle im Privatdienst verloren. Andererseits sind mit der Gewährung der Entlassung aus dem Privatdienst Unannehmlichkeiten und zum Teil auch erhebliche Kosten verknüpft, weil ein geeigneter Ersatz für den um Entlassung Einkommenden nicht immer leicht zu finden ist. Es liegt deshalb im Interesse beider Teile, im Hinblick auf die zu erwartende Einberufung bei Abschluß von Verträgen mit längerer Kündigungsfrist Vorzicht zu beobachten.

Die Schuldenwirtschaft Europas.

Wie uns von untrüester Seite mitgeteilt wird, sind vor kurzem nationalökonomische Forschungen eines französischen Gelehrten bekannt geworden, die sich eingehend mit der Schuldenwirtschaft der europäischen Staaten befassen. Aus den interessantesten Ergebnissen dieser Untersuchungen ist vor allem der Umstand hervorzuheben, daß sich die öffentliche Schuld aller Länder Europas auf die ungeheure große Summe von 160 Milliarden 936 Millionen Francs beläuft. Unterzucht man die Verteilung dieser fabelhaften Schuldenlast auf die einzelnen Länder, so ergibt sich aus der Statistik, daß Frankreich alle europäischen Länder an Schuldenlast bei weitem überträgt. Während sich die Schulden der französischen Republik auf 33,079 Milliarden Francs beziffern, heißt das Deutsche Reich, das an zweiter Stelle folgt, um rund 9 Milliarden hinter der französischen Schuldenlast zurück. Zusammen hat die deutsche Staatsschuld noch die Höhe von 24,239 Milliarden, ihr kommt annähernd die russische Staatsschuld mit 24,138 Milliarden gleich. Es folgen dann nach der Höhe ihrer Schulden geordnet: Österreich-Ungarn, England, Italien, Spanien und die übrigen europäischen Länder. Welches ungeheure Anwachsen die Schuldenlast Europas seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu verzeichnen hat, geht daraus hervor, daß noch um 1800 die europäische Schuldenlast nur 25 Milliarden betrug, im Jahre 1825 schon auf 40 Milliarden, 1850 auf 47 Milliarden, 1867 auf 66 Milliarden, 1888 auf 108 Milliarden und nunmehr auf 160 Milliarden gestiegen ist. Auch was die Verteilung der Schuldenlast auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung anlangt, zeigt die Unterzucht höchst bemerkenswerte Ergebnisse. Danach steht wiederum der Franzose an erster Stelle, er hat 835 Francs Schulden auf den Kopf zu tragen. Ihm folgt an zweiter Stelle der spanische Bürger mit 509 Francs, während der deutsche mit 373 und der Russe mit 200 Francs an letzter Stelle figuriert.

Kleinere politische Nachrichten.

\* Auszeichnung. General der Kavallerie à la suite des Reichs-Garde-Jäger-Regiments von Mohner in Straßburg im Elsaß erhielt den Verdienstorden der Preussischen Krone.

\* Der Präsident der Regierung von Niederösterreich, Freiherr Andrian-Plöbegg, ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden. In Anerkennung seiner Dienstleistung wurde ihm das Großkreuz des Verdienstordens der Kaiserlichen Krone verliehen.

Die Besetzung des Senats für den Grafen v. Webel, im geheimen Sitzungsbereich der Reichsversammlung, die dem Reichstag über die Besetzung der mittleren Ämter der Reichsversammlung durch Graf v. Webel-Mitte zu nennen. Der Besetzungsbefehl ist, daß Graf v. Webel in den sechs Jahren seiner Amtszeit für die Besetzung der mittleren Ämter und kulturellen Erziehung, die dem Reichstag über die Besetzung der mittleren Ämter der Reichsversammlung übertragen werden, die Besetzung der mittleren Ämter der Reichsversammlung übertragen werden, die Besetzung der mittleren Ämter der Reichsversammlung übertragen werden.

Die Braunschweiger Wahlen an den Herzog von Cumberland. Der am Sonntag in Wolfenbüttel abgehaltene Parteitag der braunschweigisch-welfischen Partei hatte an den Herzog von Cumberland ein Kandidatenschema für die Reichsversammlung aufgestellt. Darauf hat der Herzog, wie aus Braunschweig gemeldet wurde, folgende Antwort gegeben: „Für das im Auftrage getretene Braunschweiger Landtagsmitglied spreche ich in warmer Anerkennung der stets bezeugten Treue zum ansehnlichen Fürstentum allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank aus.“

Verlegung deutscher Truppen in China. Wie der Berliner Korrespondent der „Königlichen Zeitung“ gemeldet hat, ist die Verlegung der deutschen Marine-Infanterie nach Japan, die von dem Reichstag beschlossen wurde, nicht in die Heimat zurückzuführen, sondern nach Singapur verlegt, da die Truppen dort für absehbare Zeit nicht entbehrlich erscheinen.

Ueber die Besetzungsvorlage der Reichsversammlung in Gießen ist zwischen den beiden Reichstagen und der Regierung eine völlige Einigung erzielt worden. Sie erfolgte auf Grund einer Verständigung von elf Klassen mit einem Anknüpfungspunkt von 1300 Mann und einem Gehalt von 1,50 Mark, was für die Vorlage vor dem Reichstag der zweiten Kammer zur Beratung kommen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beauftragte am Dienstag das Ordinariat. Der Antrag des Berichterstatters, das Budget für die Eisenbahnverwaltung und der allgemeinen Eisenbahnverwaltung, wurde am 24. März, 8.30 Uhr, der beiden Kammern und dem Reichstag vorgelegt. Die Eisenbahnverwaltung wurde am 24. März, 8.30 Uhr, der beiden Kammern und dem Reichstag vorgelegt. Die Eisenbahnverwaltung wurde am 24. März, 8.30 Uhr, der beiden Kammern und dem Reichstag vorgelegt.

### Frankreichs Kriegsbudget.

Der Bericht des Deputierten Venaguet über das Kriegsbudget ist in der Kammer verlesen worden. Es wird darin dargelegt, wie die militärische Anstrengung Deutschlands, durch welche die deutsche Armee um 150.000 Mann vermehrt worden ist, Frankreich zu einem Ausbau des Reichsheeres gezwungen hat. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt.

Entwurf zur Aufhebung der französischen Konjulate in Nürnberg und München. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt.

Frankreich macht sich beliebt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt.

Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt.

### Frankreich im Orient.

Cefern wurde die Beratung des Etats des Ministères des Weisern fortgesetzt. Auf den Sinn des Abgeordneten Georges Besques, daß der Einfluss Frankreichs im Orient aufrechterhalten werden müsse, erklärte Ministerpräsident Ducloux. Die Regierung will diesen Einfluss aufrechterhalten und entwickeln durch Verlegung auf die Weite Frankreichs und durch die Macht, welche diese Weite Frankreich verleiht, durch die Unterwerfung und durch die ausgedehnte Verarbeitung der französischen Kultur. Die Regierung macht keinen Unterschied zwischen den einzelnen Missionen, die der französischen Kultur dienen. Ministerpräsident Ducloux wies auf die bisherigen Anstrengungen hin, den Unterricht in der Bekanntschaft zu fördern, besonders den lehrreichen Unterricht in Ägypten, um die Auswanderung der Bevölkerung aus einem Lande aufzuhalten, in dem die Arbeit immer unter dem Geiste Frankreichs gewonnen und auf fünfzig Jahre, (Beifall), Ducloux war der Ansicht, daß einzelne Länder vorzuziehen, um die konjunkturliche Verarbeitung Frankreichs in der Bekanntschaft zu vermindern. Das Gegenteil sei richtig. (Beifall).

### Ausland.

Die italienische Kabinetskrise. Der König von Italien befragte sich über die Lösung der Kabinetskrise nachher mit den Vizepräsidenten des Senats Marquis Petrucci und Graf von den Vizepräsidenten der Kammer Marquis Capelli und Professor Alessio. Die Parlamentarier Crispo, Cavola, Marquis Visconti Bonafina und Finali entschuldigten sich teils mit Abwesenheit von Rom, teils wegen Unmöglichkeit.

Die Wähler erklären einmütig, daß die gegenwärtige Krise länger und von langer Dauer sein wird. „Giornale d'Italia“ sagt, daß die Verantwortlichkeit, die Ministerpräsident werden und das Kabinett bilden wird, nach dem Urteil und der Erwartung der großen Mehrheit der Kammer Sonnino sein würde und fügt hinzu, daß man glaube, der amtliche Auftrag zur Bildung des Kabinetts werde nicht vor Freitag erteilt werden.

Großes Defizit im belgischen Kolonialetat. Der Kolonialminister Renkin erklärte in der belgischen Kammer die Beratung über das Kolonialbudget für 1914, das mit einem Defizit von 21,4 Millionen Francs abgeschlossen ist, mit einer großen Note, in der er ausführte, das Defizit sei zurückzuführen nicht nur auf die Kaufkraft in der Kolonialpolitik, sondern auch darauf, daß man das Programm für 1900 betreffend die Einführung der Handelsfreiheit in der Kolonie zu rasch zur Ausführung gebracht hat.

Zu dem Ergebnis der bulgarischen Wahlen. Ein amtliches Rundschreiben besagt: Ministerpräsident Radoslawow wurde vom König in längerer Audienz empfangen und ihm über die Ergebnisse der Wahlen in dem gegebenen Körperlichen Bericht zu erläutern. Die Regierungskreise bestanden die Ergebnisse als sehr befriedigend und sehr bedeutungsvoll. Die liberalen Parteien erhalten die Mehrheit und können allein regieren, selbst ohne mit anderen parlamentarischen Gruppen in Verbindungen einzutreten. Während das Kabinett sich bei Proportionalvertretung gewöhnlich genügt sieht, ist nach den Wahlen aus verschiedenen Parteien eine Mehrheit zu bilden, hat sich die Regierungskreise bei der Regierungskreise die Mehrheit erhalten, schon bevor sie sich der Kammer vorstellte. Wenn die Mehrheit der Ministerpräsidenten an die oberen Verwaltungsstellen ein Rundschreiben folgenden Inhalts gerichtet. Ich betrachte es als meine angenehme Pflicht Ihnen mitzuteilen, daß bei den Wahlen, die am 8. März für die Bildung der 17. ordentlichen Nationalversammlung in vollständiger Ordnung und Freiheit stattgefunden haben, das Kabinett eine genügende Mehrheit erlangt hat, um das Land in Frieden und Ruhe und auf dem Weg des Fortschritts regieren zu können.

Zum Spionageprozeß Gould in London. Im Falle des unter dem Verdacht der Spionage verhafteten Ehepaars Gould wurde ein gerichtlicher Prozeß angeordnet. Frau Gould ist vorläufig gegen Bürgschaft entlassen worden.

Der russische Reichstag hat in dritter Lesung die Gesetzesvorlage betreffend die Bekämpfung der Revolution angenommen und sie infolge der vorgenommenen Veränderungen der Reichsversammlung erneuter Prüfung übergeben.

Serbien und Bulgarien. Die Besetzung der Belgrader „Politika“ hat die bulgarische Gesandte gelegentlich einer Politikaktivität in Nationaltheater beim Spielen der serbischen und anderer slawischen Symphonie demonstriert sitzen gelassen ist, wird von serbischer Seite als vorkommend und abgelehnt bezeichnet.

Der französische Generalkonsul in Maroffa, General Spauter, wurde vom König und der Königin von Spanien in einer über eine Stunde dauernden Audienz empfangen. Darauf nahm er das Frühstück beim Minister des Weisern ein.

### Dermisites.

Zu den Kundgebungen der Hörer der Wiener Tierärztlichen Hochschule. Wie die Wäuter melden, hat der Rektor der Wiener Tierärztlichen Hochschule Professor Renger, einer Abschiedsrede der Hörer mitgeteilt, daß das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium durch einen Erlass am das Rektorat verfügt habe, daß die Vorlesungen an der Tierärztlichen Hochschule und die Prüfungen zu bestehen seien und demgemäß das Semester nicht ausgesetzt werde.

### Ungehörte Schändung.

Informationen haben in der vorgelegten Nacht des Kaiser-Friedrich-Denkmal vor dem Charlottenburger Schloss an mehreren Stellen und der Aufsicht „Rote Woche“ gesehen. Die mit roten Anilinfarbstoff aufgetragenen Worte konnten erst nach vieler Mühe entfernt werden. Der Polizeipräsident hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von tausend Mark ausgesetzt.

### „Rur ein gewöhnlicher Diebstahl“.

Das türkische Kriegsministerium veröffentlicht folgende Note: Einige ausländische Zeitungen bringen falsche und übertriebene Nachrichten über das Ergebnis der Wahlen des Reichstages in Anatolien. Es ist ein gewöhnlicher Diebstahl, der in der Bekanntschaft der Wähler im Reichstag, begleitet vom Oberleutnant Berrine, im Dezember, am 27. Februar bei Beifall (Beifall) gingen, wurden die drei Arbeiter einer Militärkaserne, die sich als Beamte ausgaben, aufgeföhrt, sehen zu bleiben. Der Oberleutnant, der kein Recht besaß, glaubte, daß man ihn in dem Verdacht habe, von den Befehlungen am Vorgesetzten genommen worden zu wollen und war eben im Begriff, den Arbeitern die Strafbüßen der Damen und den Anhalt seiner Taten zu geben, als die Arbeiter die Kommandos an sich wählten und die Hand ergreifen. Sie wurden sofort verhaftet und festgenommen. Künftig werden sie ihren Verbrechen erkranken bestraft werden. Die Nachrichten, daß sie erschossen wurden, ist aber durchaus falsch.

Der „Imperial“ ist gestern mittag 12 Uhr von Guben auf seiner ersten dreißigjährigen Fahrt nach Rhepoltz in See gegangen.

In der Frage der Dreiecks-Rant gegen die Ebelene Halle in Engter wegen der Herausgabe von 30.000 Mark hat das Landgericht entschieden, daß die Beklagten einen Eid zu leisten haben, daß sie nicht wissen, wo sich die 30.000 Mark befinden. Leiten sie einen Eid, so wird die Klage zurückgenommen, verweigert eine der Beklagten den Eid, so werden sie zur Zahlung verurteilt. Die Ebelene Halle hat jetzt den Eid in Anwalt bei Diebold, wo sie im Gefängnis sitzt, geleistet.

Westküste des Rheins. Der Rhein erreichte am Dienstag in Köln mit 6.00 Metern seinen höchsten Stand; über Nacht stieg er nicht weiter und fiel am Donnerstag allmählich; um 11 Uhr zeigte der Pegel 6,45 Meter. Infolge des höheren Wassers wird eine weitere Hochwassergefahr nicht mehr erwartet.

Die Untersuchungen bei der Hamburg-Sibirien-Rinie. Die Unteruntersuchung in dem Majenfeser wegen der Riesen-Unteruntersuchung bei der Hamburg-Sibirien-Rinie. Die Unteruntersuchung in dem Majenfeser wegen der Riesen-Unteruntersuchung bei der Hamburg-Sibirien-Rinie. Die Unteruntersuchung in dem Majenfeser wegen der Riesen-Unteruntersuchung bei der Hamburg-Sibirien-Rinie.

Ein früherer Bürgermeister mit 100.000 Mark geflüchtet. In Frankfurt a. M. ereignete sich ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf sich gezogen hat. Ein früherer Bürgermeister mit 100.000 Mark geflüchtet. In Frankfurt a. M. ereignete sich ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft auf sich gezogen hat.

Verhaftung des Ergebnis eines Mordverbrechens. Vor dem Reichsgericht in Berlin, der sich aus sechs Angeklagten und sechs Zeugen zusammensetzt, fand die Verhandlung gegen den Studenten Mohr, der angeklagt ist, den Politischen Schriftführer Hofe und einen Zuschauer in einer Straße von Stuttgart im Januar ermordet zu haben. Der Angeklagte wurde des Verbrechens in die Haft (späth) befunden, da sich aber der Angeklagte nicht über die Schuldfrage hinsichtlich der Tatfrage einigen konnte, wurde eine neue Unteruntersuchung angeordnet. Der Ausgang des Prozesses hat hier großes Interesse erregt.

In Langenselb erlosch der Konjunkturminister Anna aus Eichenau die unterredliche Bohrmann aus Hamburg. Nach der Zeit entliehe er sich selbst.

### Kunst und Wissenschaft.

Feier des 100. Geburtstages eines Heimerers. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt. Die Reichsversammlung hat die Mittel für den Ausbau der Armee um 150.000 Mann bewilligt.

### Letzte Telegramme.

Weitere Schändungen durch rote Handlanger. Berlin, 12. März. Nicht nur am Denkmal Kaiser Friedrichs am Luisenplatz, sondern auch an zahlreichen Kaiserin Charlottensburg und anderer Vororte sind in der Nacht zum Mittwoch mit roter Farbe die Worte „Rote Woche“ aufgemalt worden. Auch in Berlin wurde, wie der „Volkswacht“ schreibt, an verschiedenen Stellen der Versuch gemacht, dies Wandwerk zur Ausführung zu bringen. Die Polizei verhielt es aber, und es gelang, 50 Personen hinführen zu machen, die sich eben anstellten, die Säulen zu beschmieren. Die Polizei von Charlottensburg hat auf die Ermittlung der Urheber der Denkmalschändung 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Brillanten Diebstahl bei Verzug in Berlin. Berlin, 12. März. 4000 Mark Brillanten sind für die Aufführung eines Brillanten Diebstahls ausgelegt worden, der in der Wohnung des Großkaufmanns Gergos ausgeführt wurde.

Knaststrafe Folgen des Verhörprozesses. Kiel, 12. März. In dem mit dem Verhörprozess von 1909 im Zusammenhang stehenden Verhörprozess ist gestern der Kaufmann Julius Frankenthal, einer der damaligen Angeklagten, verurteilt worden.

Schließung englischer Kunstgalerien. London, 12. März. Aus Furcht vor weiteren Attentaten der Stimmrechtlerinnen wurde eine Reihe öffentlicher Kunstgalerien vorläufig geschlossen.

Verhaftete Wäuteren. Tilsit, 12. März. In der Militärkaserne erkrankten nach dem Besuch von Badonren, die mit Tilsit verhafteten waren, 174 Schüler. Der Vizepräsident soll, wie der „Rat.“ meldet, verhaftet worden sein. Der Zustand der meisten Schüler ist angeblich befeindlich.

Eine durch Gasexplosion entstandene Waphhaquelle. Groyz (Gisurafloren), 12. März. Durch eine bei dem Brande eines Hauses entstandene Gasexplosion fing in der vergangenen Nacht eine Waphhaquelle Feuer. Dreizehn Personen erlitten schwere Brandwunden; eine ist ihren Verletzungen erlegen.

**Das beste Küchenhilfsmittel** ist und bleibt **MAGGI'S Würze**

Sowohl in Feinheit des Geschmacks, als auch in Vorteilhaftigkeit und Billigkeit steht sie unerreicht da. Vertheilhaftester Bezug in großen plombierten Flaschen.

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Würze und achte auf die Schutzmarke.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403122-11/fraction/page=0002

**Erklärung des amerikanischen Heeres an den mexikanischen Grenz.**

Washington, 12. März. Präsident Wilson hat beschlossen, zur Bekämpfung der mexikanischen Grenzposten zwei Infanterie-Regimente nach Mexiko und dem Golge-Bay zu entsenden.

**(Wiederholt.) Das Schiffsahrt.**

Duisburg, 11. März. Der Rheinpegel zeigte heute 6,15 Meter. 14½ Meter über den normalen Stand, eine seit 3 Jahren nicht mehr erreichte Höhe. Durch das Schiffsahrt ist der Verkehr in den Häfen, Duisburg und Ruhrort fast gestillt. In dem älteren Teil der Häfen sind alle Magazine überfüllt. Der Kohlenumschlag ist fast gestillt. Der Kohlenumschlag ist eingeschränkt. Die Viehweiden an der Ruhr sind überflutet.

**Aus der Türkei.**

Konstantinopel, 11. März. Die Dette publique ottomane hat gestern dem Staatschatz 400000 Fund vorgezogen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten General Mahmud Pascha ist zum Mitglied des Senats ernannt worden.

**Die Lage in Mexiko.**

San Antonio, 11. März. Mexiko wird gemeldet: Die Bundesregierung haben in der Woche der Rebellen befürchteten Revolutionen, Kommando auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

**Todesurteil zweier Militärs.**

San Antonio, 11. März. Zwei Armeesoldaten sind heute bei einem Sturz auf der Ebene von Saltillo ihren Tod.

**Börsen- und Handelsteil.**

Aus dem Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Aus der Verfahrtsstatistik des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Bei Raffinaden war auf die etwas größere Lebhaftigkeit der Woche schnell wieder ein ruhiger Markt folgte. England zeigte für Granulate eine ruhige Haltung. In Mexiko zeigte sich 11. März. Der Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd. Auf den überseeischen Linien wurden im Jahre 1913 mit dem Dampfer „Saxonia“ auf dem Festen von Tepic, abgegriffen, indem sie das alte Kanonboot „Democra“ zur über das Hafengebiet zum Sinken brachten.

Table with market data: Berliner Frühmarkt, Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

Table with market data: Berliner Mittagsbörse, Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

Table with market data: Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

Table with market data: Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

Table with market data: Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

Table with market data: Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

Table with market data: Wägen, Kaffee, etc. Columns include item names and prices.

**Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Alte Promenade 2, gegenü. d. Stadtk.**

**Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**



Main table of stock prices and financial data, organized by sector (e.g., Deutsche Lese, Schiffbau, Bergbau, etc.) and listing various companies and their share values.

Vertical text on the right side of the page, likely containing additional market news, commentary, or advertisements.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen.

### Dreißiger Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 11. März 1914.

Am Regierungstische: Handelsminister Dr. Sadow, Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Köwig eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte **Abg. Brütt (Freisinn):** Der Abg. Schifferer hat unter Nennung meines Namens eine Äußerung aus der Budgetkommission zitiert, die ich nach dem unforgieneren Stenogramm nicht getan habe. Er hat damit gegen die Ehre und Ehre des Hauses verstoßen, das Mittelungen aus den Kommissionen mit Namensnennung nicht gemacht werden sollen, da die Kommissionshandlungen einen neutralen Charakter haben, worauf der Präsident noch kürzlich durch Zirkular hingewiesen hat.

Die zweite Beratung **Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung** wurde in der allgemeinen Besprechung bei den Einnahmen der Staatswerke fortgesetzt.

**Abg. Düs (Soz.):** Ich wünschte, daß der preussische Fiskus Einfluss auf den Braunkohlenbergbau hätte, damit das ausländische Spekulationskapital die Preise nicht so hoch hielt. Der diesjährige Wert der Kohlenpreise ist ungeheuer bei den Konjunktur sehr hoch gestiegen. Zunächst kann man auf einen größeren Überschuß rechnen. Das Ergebnis von 1913 war ein ausgeglichenes, es verjagte das Anlagekapital mit 7,5 Prozent, ein Beweis, daß die Staatsbetriebe nicht so unrentabel sind, wie man meint. Leider ist ein Mißgung der fiskalischen Kohlenförderung eingetreten mit Ausnahme des Ruhrgebiets. Wenn der Staat die Sibirien verstaatlicht, so würde sich allerdings keine Kohlenförderung sehr bedeutend steigern. Darum der Hammer der Privatinteressen über die angeblich mangelhafte Rentabilität der Staatswerke. Für uns ist aber die Frage der Rentabilität deshalb eine so wichtige, weil wir eine Überführung der Bergwerke in den Besitz des Staates wollen. Es ist ausgesprochen worden, daß im Ruhrgebiet die staatlichen Kohlenfelder rentabler gewesen sind, als die Privatbetriebensbetriebe. Trotz großer Ausgaben für Neuanlagen ergibt sich dasselbe Bild für die fiskalischen Gruben im Saarrevier. In Döberlingen stellte sich die fiskalische Ausbeute einer Diabende von 26 Prozent gleich. Bei den Salibergwerken, ganz besonders bei Stahlfurt und Weideweide, tritt dieselbe Erscheinung zu Tage. Die Staatsbetriebe stehen in der fiskalischen Beziehung nicht hinter den Privatbetriebe zurück. Der Fiskus ist sogar stärker, als die Privatbetriebe, da einer Betriebskonzentration geduldet werden hat das Maß Betreiben, möglichst billig zu arbeiten. Aus dem Material, das uns 1910 in der Kalkgeheimkommission vorgelegt worden ist, ergab sich, daß die fiskalischen Werke nur circa 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit voll ausnützten und daß 60 Prozent brachlagen. Das Kohlenjndikat hat die Kohlenproduktion um 10 Prozent und die Roßproduktion um 45 Prozent eingeschränkt, denn auf den Bechen lagern Eisenhalben von Kohlen und Roß. Tausende von Arbeitern sind aus dem landwirtschaftlichen Osten nach dem Westen geschleppt, der Osten ist entvölkert und im Westen die Massen so angehäuft, daß noch nicht einmal in der Konjunktur die Leistungsfähigkeit voll ausgenutzt werden konnte. Bessere und mittlere Bechen im Ruhrlande sind stillgelegt, und weitere sollen folgen. Das sind die Folgen des Kohlenjndikats. Der Fiskus darf sich mit ihm nicht einlassen. Unter seiner Herrschaft sind die Löhne vielfach gedrückt und die Kohlenpreise gesteigert worden. Für eine Verstaatlichung des gesamten Bergbaus haben sich auch Gelehrte wie Professor Wolff Wagner ausgesprochen.

**Abg. v. Rappenheim (Konj.):** Wenn das Kohlenjndikat nicht wieder zustandekomme, so würde der Kampf aller gegen alle die Folge sein. Der Staat muß sich mit gleichen Rechten und Pflichten daran beteiligen und sich so eine Einwirkung auf die Preise sichern. Das liegt im öffentlichen Interesse. Die Verstaatlichung hat ebenso, wie die Sozialpolitik, Vorteile nicht an vorübergehend lösen, sondern an stabilen Befreien. Diese führen unsere Stellung gegenüber dem Auslande, das auf uns keine Rücksicht nimmt, und auf das wir mit unserer Preispolitik auch keine Rücksicht zu nehmen haben. Angichts unserer Exportbedürfnisse sollen wir unser wirtschaftliches Übergewicht unseren Nachbarn gegenüber beim Abschluß von Handelsverträgen rücksichtslos geltend machen. Der Überschuß der Staatsbergwerke schrumpft bei näherem Zusehen sehr an. Zunächst muß ich feststellen, daß die Hauptsteigerung unserer guten Exportverhältnisse von Döberlingen und dem Saargebiet zu verdanken ist. Durch sie wird uns eine gesunde Kohlenproduktion und eine die Erhaltung im Innlande requirierende Preispolitik möglich. Gerade in diesem Augenblicke sollte der Staat sich auch als ehrlicher Partner bewähren entsprechend der Erklärungen des Staatsministeriums uns gegenüber. Der Vorredner wies schon darauf hin, daß es zwei großen Auslandserlösen gelungen ist, sich in der Braunkohlenproduktion in unserem Lande eine Macht zu sichern (Seitelert), so daß ich fürchte, daß der Zeitpunkt schon verpakt ist, diese Einwirkung zu neutralisieren. (Schrill hörst rechts.) Ökonomen und Ethnologen sind bei außerordentlichem Interesse. Ich muß anerkennen, daß der Vorredner sachlich und feinsinnig diese Frage erörtert hat. Das ist ein großer Fortschritt. Aber die Rentabilität der Bergwerke stellt sich bei Berücksichtigung aller Zahlen nicht so hoch. Wir haben für Westfalen sogar 9,8 Millionen zuzufügen müssen. Auch an der Saar kommt nur eine minimale Verzinsung heraus. Über die Erträge unserer Bergwerke muß die Bilanz den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend aufgestellt werden. Das jetzige System führt zu Trugschlüssen. Die Regierung möge alles tun, damit das Syndikat wieder zustandekomme. Unseren Arbeitern gegenüber muß uns eine erste und erste Aufgabe sein, ihnen die Gewinne ihres Grades zu garantieren, indem wir dem Syndikat die Aufgabe stellen, sichere, gleichmäßige und gleichmäßige Verhältnisse zu schaffen. (Loblicher Beifall rechts.)

**Handelsminister Dr. Sadow:** Wenn eine Anlagegesellschaft, wie die Arenbergwerke, auf Grund von alten Angaben ihren Bergwerksbesitz erworben hat, so darf sie auch nicht den Schätzungswert des Bergwerkes in die Bilanz einstellen. Ebenjener darf der Staat das in Saarbrücken und Ober-Schlesien tun. Wenn wir jetzt Braunkohlenfelder erworben hätten, so hätten wir bei der gegenwärtigen Preissteigerung

schlecht gekauft. Jedenfalls soll fiskalischer Besitz, auf dem Braunkohlenlager vorhanden sind, nicht veräußert werden. Doch die Verhandlungen über Erneuerung des Kohlenjndikats gegenüber zu erfahren und geschäftsmäßigen Vorschlägen für uns nicht ganz leicht sind. (Seitelert.) Wir liegt es ob, bei diesen Verhandlungen die Interessen des Staates wahrzunehmen. Wenn wir hier gedrängt werden, so wird unsere Stellung nicht erleidert, sondern erschwert. (Beifall.)

**Abg. Tournau (Ztr.):** Das Kalkgesetz hat im ganzen seinen Zweck erfüllt. Deshalb sollte man sich die Einbringung einer Novelle sehr überlegen. Die Regierung sollte die Propaganda für die Förderung des Kalkgesetzes eifriger betreiben.

**Abg. Salenecker (Nat.):** Wenn das Kohlenjndikat für gute und gleichmäßige Rentabilität auf dem Kohlenmarkt gefordert hat, so liegt das auch im Interesse der Arbeiter. Das Kohlenjndikat hat bewiesen, daß es kein Trutz ist. Die industriellen Kreise haben das Kalkgesetz immer bekämpft. Öffentlichkeit hat die Regierung selbst eingeleitet, daß die Wirkungen des Gesetzes keine günstigen waren.

**Abg. Busch (Rr.):** führte Klage über die Maut- und Aufschlag, die durch die Breitetfabriken hervorgerufen werde. Handelsminister Dr. Sadow: Die Erhebungen über diese Frage sind nicht abgeschlossen.

Nach ungenügender weiterer Debatte wurden die Einnahmen genehmigt. Bei den Ausgaben bemerkte **Abg. Brütt (Ztr.):** Wir sind damit einverstanden, daß die Prämien für obere und mittlere Berufsbeamte erhöht werden sind.

**Abg. Düs (Soz.):** Die Prämien für Eisiger müssten abgesetzt werden. Die Arbeiter sollten von den Vorgezogenen nicht so von oben herab behandelt werden.

**Abg. Salenecker (Nat.):** Nach meinen persönlichen Erfahrungen kann ich dem Vorredner nicht zugeben, daß die Arbeiter schlecht behandelt werden.

**Abg. Zumbach (Ztr.):** Die Behandlung der Arbeiter ist nicht überall einig. Es sollten mehr Berg-Gewerbe-gerichte zur Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitern und Vorgezogenen eingerichtet werden. Es muß den Arbeiter empören, wenn er sieht, daß die Beamten mehr Gewinnteile beziehen, als er Lohn bekommt. Die Arbeiter tragen doch durch ihre Leistungen zu den erhöhten Einnahmen der Bergverwaltung bei.

**Oberbergbaupräsident v. Wesen:** Die Arbeitslöhne sind in den letzten Jahren dauernd gestiegen. Im übrigen haben wir die Erhöhung der Einnahmen nicht gesteigerten Leistungen der Arbeiter, sondern einer wirtschaftlicheren Gestaltung des Betriebes zu verdanken.

Denk wurde die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. **Schluss 4¼ Uhr.**

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. März 1914.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Solf, Präsident Dr. Knappert eröffnete die Sitzung um 2¼ Uhr. Das Haus legte die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1914 vor, bei dem

**Etats für die Schutgebiete, zunächst für Togo.**

Referent der Budgetkommission für diesen Etat ist **Abg. Walbftein (Fortfchr. Vpt.).** Die ordentlichen Ausgaben wurden nach dem Antrage der Kommission bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben, 65 000 Mark für ein Sägewerk in Rome, beanstandete **Abg. Dr. Kaasche (Nat.),** die beizugebene Rentabilitätsberechnung, die einen jährlichen Überschuß von 18 000 Mark vorsehe; doch wurde der Etat des Etats debattelos genehmigt.

**Etat für Neu-Guinea und die Südpazifik.** — Referent **Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.)** — empfahl die Kommission unverändert zu bewilligen. In den Etat des Reichskolonialamts hatte sie eine einmalige Forderung von 500 000 Mark

zur Erlangung des Erdölvorkommens in Deutsch-Neu-Guinea eingefügt.

**Abg. Dr. Arentz (Apt.):** Wir sind in der seltenen Lage, daß wir bereits geltend zum Kolonialetat über diesen Posten beschlossen haben, der erst heute zur Debatte steht. Ist es überhaupt möglich, bei unvorstellbaren Preisen Petroleum von dort nach Deutschland zu bringen? Die Budgetkommission hat diesen Posten in den Etat aufgenommen, ohne daß die Regierung sich dazu geäußert hätte, vielleicht im Hinblick auf das Petroleummonopol. Die Sozialdemokratie ist bereit, eine halbe Million zu fonds setzen aus den Tälchen der Steuerzahler zu bewilligen, während wir Kolonialschwärmer schließlich sind. Das ist bezeichnend. (Sehr richtig.) Ich behalte mir vor, bei der dritten Lesung die Streichung dieses Postens zu beantragen.

Der Präsident bemerkte, daß sich geltend zu diesem Titel niemand zum Wort gemeldet habe.

Staatssekretär des Reichskolonialamts **Dr. Solf:** Die Interessenten der ganzen Südsee haben sich dahin ausgesprochen, daß die Auffindung von Petroleum dort von der weitgehendsten Bedeutung ist. Das etwa gefundene Petroleum wäre nicht nach Deutschland zu bringen, sondern nach Ostafrika und Australien. Ein Plan über die Unternehmung des Liegebleis ist aufgestellt, und es hat sich ergeben, daß er etwa 200 000 Mark beanspruchen wird. In der Kommission hat man aber gemeint, daß die nicht genügt, und ein Kaufsalte von 500 000 Mark vorgeschlagen. Der Reichstag wird glaube ich, welche Summe zu bewilligen. Das das Privatkapital dort damit befaßt werden toll oder nicht, ist noch eine offene Frage. Wenn aber dies Geschäft einfließige würde Deutschland damit einen großen Vorteil erzielen.

**Abg. Dr. Wigler (Zentr.):** Bei den Sozialdemokraten scheint eine alte Liebe für das Petroleum vorzuliegen, die sie dazu geführt hat, dem Antrag zuzustimmen. Es ist einer der bestschicktesten Vorklänge, die in dem Reichstag gemacht worden sind. (Der Präsident rigte dabei insudrud. Seitelert.) Bis jetzt hat nichts weiter vor, als daß ein einziger Stellen genau wie in der Württembergische Gesellschaft vorhanden zu sein scheint. Auch von dem Plan der Verwaltung wissen wir nichts genaueres. Man weiß ja auch nicht, welche Kosten nachher die eigentlichen Aufschließungsarbeiten erfordern werden. Auch ich halte dafür, daß diese Dinge der Privatindustrie überlassen werden, die so etwas sehr viel besser machen kann.

**Abg. Gothein (Fortfchr. Vpt.):** Ich billige den Beschluß. Die Erforschung unserer Kolonien nach wirtschaftlichen Vorteilen ist in erster Linie Aufgabe der Verwaltung, nicht des Privatkapitals. Die Petroleumlande in Niederländisch-Indien zeigen die Notwendigkeit auch für unsere Verwaltung, diese Frage weiter zu verfolgen. Wenn das Südsee-Erdöl auch nicht in Deutschland in Betracht kommt, so kann es doch als Benzol oder Seißöl für Dampfer eine große Rolle spielen.

**Abg. Frank-Mannheim (Soz.):** Wir haben in der Kommission für die Förderung getümmelt in der Absicht, zu verhindern, daß solche Summe durch das Privatkapital ausgebeutet werden.

**Abg. Dr. Kaasche (Nat.):** Es hatte sich eine große Gesellschaft bereit erklärt, auf ihr Konto die Unternehmung aufzustellen und sollte dafür 600 000 Mark aufnehmen. Die Verhandlungen sind aber abgebrochen worden, und die Regierung will auf eigene Faust vorgehen. Wir haben auf dem Standpunkt, daß dann mindestens 500 000 Mark nötig seien. Es ist ja möglich, daß damit etwas geleistet werden kann. Man darf nicht vergessen, daß das in Frage kommende Gebiet in einer sehr ungelunden Gegend liegt. Der Beschluß ist nun einmal gefaßt worden; wir wollen nicht, daß der Antrag wieder aufgehoben wird. Schließlich wird die Regierung sich aber doch an die Privatindustrie wenden müssen.

**Abg. Erzberger (Ztr.):** Auch ich habe in der Kommission denselben Standpunkt wie Dr. Wigler eingenommen. Wir halten das ganz Vorgehen für falsch. Wenn die Unternehmung des Reichs einen Erfolg haben soll, muß der Staatssekretär sofort das ganze Schutgebiete für Petroleum sperren, und zwar sofort telegraphisch, da die Situation sonst leicht verfahren werden kann. Man hätte die Voruntersuchung ruhig durch eine Privatgesellschaft vornehmen lassen und Reich und Schutgebiete an dem künftigen Erträge anteilig beteiligen sollen. Auf das Petroleummonopol kann sich die Regierung in dieser Frage nicht berufen; auf dessen Erträge können wir bei der Rangfolge der Kommission viel leicht noch 20 Jahre warten. Wir haben das Interesse bei der Naturgeschichte der Kolonien möglichst bald erschließen werden.

Staatssekretär **Dr. Solf:** Die Sperrung ist von mir bereits am 26. Februar angeordnet worden. (Bravo!) Meine Verhandlungen mit dem Privatkapital sind nicht zum Abschluss gekommen. Es handelte sich lediglich um eine Offerte. Ich mußte die Verhandlungen mit Rücksicht auf die Pläne der verbündeten Regierungen vorläufig abbrechen. Die Unternehmung können wir dem Privatkapital nicht überlassen, sonst würden wir von ihm abhängig. Ich denke gerahnt durch von Kolonialamts wegen dieser großen Abzweigung zurechnen. Ich muß mich nur überlegen, wie die Dinge dort liegen. Ich habe da einen Mann im Auge, der die Petroleumausbeute in Südindisch-Indien auf das genaueste kennt. Als ich meinen Plan aufstellte, mußte ich noch nicht, daß die Kommission 500 000 Mark bewilligen wollte. Ich gehe gern zu, daß die Hauptanregung dafür nicht vom Reich, sondern von anderer Seite gekommen ist. Ich hoffe, daß wir uns auf diese Weise die geeigneten Grundlagen verschaffen können.

**Abg. Walbftein (Fortfchr. Vpt.):** Mit der Bewilligung der Förderung sollte wieder für die Ausbeutung durch die Regierung, nach gegen die Ausbeutung durch eine Privatgesellschaft entscheiden werden. Ich habe in der Kommission ausgeführt, daß 100 000 Mark zu wenig seien, also unnützlich ausgegeben würden; wenn man etwas bewilligen wolle, so müßte man 500 000 Mark geben. Der Abg. Erzberger hat ausdrücklich dieser Forderung zugestimmt.

**Abg. Dr. Dertel (Konj.):** Wir können dem Staatssekretär die Berechtigung für seine Ausführungen nicht verweigern. Abg. Erzberger sollte sich daran erinnern, daß, nachdem er am 26. Februar die Sperrung verlangt hatte, diese nicht sofort ausgeführt worden ist. Wir haben das Interesse bei dem Reich hier tätig sein wird, wird viel später zu entscheiden sein. Das Reich wird über geringere Beträge abschließen können, wenn es das Petroleumvorhaben selbst unterläßt.

**Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):** Das einzige Bedenken wäre, daß die Summe nicht genügt.

Die Ausgaben des Etats wurden darauf bewilligt.

Bei den Einnahmen und beim Titel „Stille und Neben-einnahmen der Kolonialverwaltung 1 500 000 Mark“ kam **Abg. Minnitsch (Nat.)** auf die Petitionen der deutschen Christianologen Gesellschaft in Berlin, den Rückbau von Paradiesbogen auf die Dauer von 10 Jahren zu verbieten, und des Bundes für Kolonial E. B. in Stuttgart, die Einführung von Federn oder Leilen von Vögeln wild lebender Vögel zu unterlegen, zurück. Die Kommission hat aberweilung als Material beantragt.

Staatssekretär **Dr. Solf:** Ich verkenne die Bedeutung dieser Frage durchaus nicht. Wir haben im Jahre 1913 Referate in Neu-Guinea und in Togo gehalten. Für die Erhaltung gewisser Arten sind strenge Schutzbestimmungen und Abschlußbeschränkungen angeordnet. Die Naturdenkmäler müssen unter allen Umständen geschützt werden. Nachdem ich auf einer großen Gesellschaft in England gesehen habe, wie tausende von Reichen und Paradiesvögeln auf den Markt geworfen werden, hatte ich mich der Idee der radikalen Schutzbestimmungen angegeschlossen. Mittlerweile aber haben mich Sachverständige überzeugt, daß im Innern von Neuquinea eine Ausrottung der Paradiesvögel nicht zu befürchten ist. Ich habe einen Einheitsweg eingeschlagen und angeordnet, daß Paradiesvögel innerhalb Jahre lang nicht geschossen werden dürfen.

**Abg. Dr. Kaasche (Nat.):** Der Staatssekretär hätte auf der Seite der radikalen Naturdusfreundliche bleiben sollen. Deshalb, weil die Gesellschaft in Berlin, den Rückbau von Paradiesbogen auf die Dauer von 10 Jahren zu verbieten, im Einklang mit ihrer Schönheit sehr zu verlangen, dürfen nicht Millionen von Tieren hinweggenommen werden.

**Abg. Kaasche (Soz.):** Ich bitte mich noch mehr gefreut, wenn Herr Kaasche ebenso wie heute für die Paradiesvögel auf geltend für die Erhaltung der Vögel so bereit eingetreten wäre. Doch der Staatssekretär jetzt seinen ursprünglichen Standpunkt aufgeben will auf die Vorstellungen von Vertretern hin, bedauere ich.

Nach weiterer unerbittlicher Erörterung wurde der Etat bewilligt.

Es folgte der Etat für Samoa. Auf eine Anregung hin erklärte Staatssekretär **Dr. Solf:** daß die Mitglieder unerwünscht sind, darüber besteht Einmütigkeit. Ein Votum ist nicht not-

